Winterthur, 9. November 2026

KR-Nr. 415/2026

A N F R A G E von Priska Lötscher (SP, Winterthur), Roland Kappeler (SP, Winterthur) und Andreas Daurù (SP, Winterthur)

Betreffend Einseitige Werbung für das Kriegsmaterialgesetz an einem Podium der ZHAW

Die ZHAW lud gemeinsam mit dem Industrieverband Swissmem im Oktober 2026 zu einer Diskussion über die Schweizer Sicherheitspolitik ein. Unter anderem diskutierten Bundesrat Guy Parmelin und Swissmem-Direktor Stefan Brupbacher mit. Die genannten Herren nutzten gemäss Medienberichten die Bühne, um für die Revision des Kriegsmaterialgesetzes zu werben, ohne dass eine einzige kritische Stimme auf dem Podium sass. Zudem wurden auch keine direkten Fragen aus dem Publikum vor Ort zugelassen. Nur über Textinterface konnte aus dem Publikum teilgenommen werden. Auch die Studierendenschaft hat dieses Vorgehen kritisiert.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Regierungsrat, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Macht der Kanton Zürich als Trägerschaft der ZHAW Vorgaben oder hat er Richtlinien, nach welchen Kriterien ein Podiumsthema und Diskussionsteilnehmende ausgesucht werden müssen, insbesondere wenn es um eidgenössische Abstimmungen geht?

2. Existiert ein standardisiertes Vorgehen, wenn gegen Vorgaben, Richtlinien oder das allgemeine Interesse zur Ausgeglichenheit einer Institution verstossen wird?

3. Wurde die ZHAW besonders sensibilisiert im Umgang mit Themen, welche zur Abstimmung anstehen?

4. Hat die ZHAW interne Vorgaben oder Richtlinien, nach welchen Kriterien ein Podiumsthema und Diskussionsteilnehmende ausgesucht werden, und gibt es zusätzliche Kriterien bei Themen, welche zur Abstimmung anstehen?

5. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die Besetzung dieses Podiums bei einer voraussichtlichen knappen Abstimmungsvorlage ausgeglichen war? Wie gedenkt er, mit der ZHAW daraus Lehren zu ziehen?

Priska Lötscher
Roland Kappeler
Andreas Daurù